

Gewerkschaften, Rüstung und Abrüstung

Dr. Klaus Mehrens, geboren 1943 in Pillau, Studium der Volkswirtschaftslehre in Kiel und Bochum. Mitwirkung an einem regional-strukturpolitischen Forschungsprojekt an der Universität Kiel; Mitarbeiter im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft; seit 1976 Mitarbeiter in der Abteilung Wirtschaft beim Vorstand der IG Metall für die Bundesrepublik Deutschland.

Christian Wellmann, Diplom-Soziologe, geboren 1948 in Hamburg, studierte Soziologie, Volkswirtschaft, Politikwissenschaft und Pädagogik in München und Frankfurt/M. ; Forschungsarbeit über rüstungsabhängige Beschäftigung; seit 1978 Mitarbeit in einem von der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (DGFK) geförderten Projekt an der Freien Universität Berlin; Mitglied im Arbeitskreis Friedensforschung beim DGB-Landesbezirk Hessen.

Vorbemerkung

Die antimilitaristischen Traditionen der Arbeiterbewegung reichen bis in ihre Anfänge zurück, das Wettrüsten hat bisher nie gekannte Größenordnungen erreicht. Die ungeheuren Waffenpotentiale sind zu einer unmittelbaren Gefahr für die Existenz aller Völker geworden. Die Produktion dieser Waffen beeinträchtigt darüber hinaus auch die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung aller Staaten, verbraucht anderweitig benötigte Rohstoffe, bindet dringend benötigtes Fach- und wissenschaftliches Personal und verschärft das Elend der Bevölkerung in den Entwicklungsländern.

Aus der Sicht der Gewerkschaften stellen sich Rüstungskontrolle und Abrüstung damit heute nicht nur als ein möglicherweise existenzielles Problem für die gesamte Menschheit dar, sondern auch als Ziel, das den Arbeitnehmern in bezug auf ihre materiellen Lebensbedingungen und die Sicherheit der Arbeitsplätze schon mittelfristig Nutzen bringt. Dennoch sehen sich die Gewerkschaften angesichts der andauernden Beschäftigungskrise immer häufiger mit dem Argument konfrontiert, in ihrem eigenen Interesse, nämlich zur Sicherung der Arbeitsplätze, müßten bestimmte Projekte und Rüstungsprogramme im Inland oder für den Export realisiert werden. Die Gewerkschaften in der Bundesrepublik und in einer Reihe von anderen Ländern haben sich in den letzten Jahren bemüht, diese Argumentation als Scheinargument aufzudecken.

Abrüstung ist produktiv

Die Vorstellung, daß Rüstung und Militär einen wichtigen Beitrag zur Stabilität und zur gedeihlichen Weiterentwicklung der Wirtschaft darstellen, ist weit verbreitet. Und entsprechend stark ausgeprägt ist gerade in Zeiten von Massenarbeitslosigkeit und ökonomischer Krise die Sorge, daß ein Nachlassen bei den Rüstungsausgaben zu einer Verschärfung von Arbeitslosigkeit führt. Einschlägige wissenschaftliche Arbeiten machen demgegenüber deutlich, daß eine Erhöhung der Rüstungsaufwendungen tatsächlich einen Verlust von Arbeitsplätzen zur Folge hat, insofern begrenzte Mittel hierdurch anderen Verwendungsmöglichkeiten mit größerer positiver Auswirkung auf den Arbeitsmarkt entzogen werden. Umgekehrt bietet eine Verringerung der Ausgaben für Waffen und militärische Ausrüstung die Chance für eine Senkung der Arbeitslosenquote und eine Verbesserung der Wirtschaftskraft zum Nutzen gerade der Arbeitnehmer.

Besonders deutlich wird diese Aussage durch eine Untersuchung von *Roger H. Bezdek* belegt. Mittels eines ökonometrischen Prognosemodells hat er die Auswirkung auf die Beschäftigung untersucht, die sich aus einer Erhöhung bzw. einer Senkung der US-Verteidigungsausgaben um jeweils 30 Prozent bei gleichzeitiger Umschichtung dieser Ausgaben zuungunsten bzw. zugunsten der zivilorientierten Staatsausgaben (insbesondere für Erziehung, Gesundheit, Soziales und Umweltschutz) ergeben. Der Befund ist eindeutig: Eine Senkung der Verteidigungsausgaben um 30 Prozent bei entsprechender Erhöhung der Zivilausgaben würde eine Verringerung der Arbeitslosenrate um 2,1 Prozent bedeuten. Umgekehrt würde die Arbeitslosenrate sich um 1,7 Prozentpunkte über den gegebenen Stand ausdehnen, wenn der Verteidigungshaushalt um 30 Prozent auf Kosten der übrigen Staatsausgaben erhöht würde¹.

In die gleiche Richtung weisen Studien, die untersuchen, welche Beschäftigungseffekte eine gleich hohe Mittelverausgabung in verschiedenen Wirtschaftsbereichen hat. Ein solcher Vergleich kann einer Untersuchung des amerikanischen Büros für Beschäftigungsstatistik entnommen werden². Eine Milliarde Dollar Endnachfrage in den wichtigsten rüstungsindustriellen Sektoren erzeugt durchschnittlich direkt und indirekt 75 710 Arbeitsplätze. Im Bereich privaten Konsums oder ziviler staatlicher Aktivitäten verausgabt, werden durch die gleiche eine Milliarde Dollar Endnachfrage jedoch durchgängig mehr, vereinzelt bis zur Größenordnung von doppelt soviel Arbeitsplätze direkt und indirekt geschaffen.

Nur das Ausblenden alternativer Möglichkeiten der Verwendung von heute an Rüstung und Militär gebundenen Ausgaben ermöglicht - dies machen die zitierten

1 Roger H. Bezdek, *The 1980 Economic Impact - Regional and Occupational - of Compensated Shifts in Defense Spending*, in: *Journal of Regional Science*, Bd. 15, Nr. 2, 1975, S. 183-198.

2 Bureau of Labor Statistics (BLS), *The Structure of the US Economy in 1980 and 1985*, hier zit. nach: *Priorities - A Bi-Monthly Discussion of Alternatives to a Military Economy*, June 1976, S. 2 f.

Arbeitsplätze (direkt und indirekt) pro 1 Mrd. US-Dollar Endnachfrage

Verwendungsbereich	Arbeitsplätze (Durchschnitt ausgewählter Teilsektoren des jeweiligen Bereichs)
Rüstungsproduktion	75 710
Handel, Fertigung und Dienstleistung für den privaten Verbrauch	112 363
Bauindustrie und -handwerk	100 072
Fertigung für Massentransport	92 071
Gesundheitswesen incl. medizinischer Ausrüstung	138 939
Erziehungswesen	187 299

Untersuchungen deutlich - den Glauben an positive beschäftigungspolitische Effekte dieses Teils staatlicher Aktivitäten. Ein Expertenbericht für den Generalsekretär der Vereinten Nationen formuliert hier einen Vorwurf, den sich auch die Bundesregierung mit ihrer Öffentlichkeitsarbeit gefallen lassen muß³: „Dieser Glaube . . . wird - wie schon oft geschehen - bestärkt, wenn Regierungen die angeblichen Beschäftigungsvorteile von Waffenbeschaffungen, die sie erwägen, öffentlich propagieren, ohne hinzuzufügen, daß alternative Verwendung der gleichen Beträge ebenso Arbeitsplätze schaffen würde, in der Regel viel mehr. Folglich besteht heute immer noch der weitverbreitete Glaube, daß Abrüstung oder die Unterbrechung irgendeines bestimmten Waffenprogrammes die Arbeitslosenrate bereits vergrößern würde, besonders wenn die Arbeitslosenrate bereits hoch ist. Es muß betont werden, daß diese Auffassung falsch ist. . . . In letzter Zeit wird immer offensichtlicher, daß hohe Militäretats wesentlich zur allgemeinen Arbeitslosigkeit beitragen, statt sie abzubauen⁴." Angesichts dieser Befunde läßt sich feststellen: Die Umschichtung von Teilen des Militär- und Rüstungsetats und ein Stopp jeglicher Art direkter und indirekter Rüstungsexportsubventionierung wäre ein wesentlicher Beitrag zur Realisierung einer beschäftigungsorientierten Finanzpolitik, wie sie vom DGB und seinen Einzelgewerkschaften gefordert wird. Beachtet werden müssen aber auch die erst längerfristig spürbar werdenden Effekte:

- Rüstungsproduktion verstärkt inflationäre Tendenzen, unter denen die Lohn- und Gehaltsabhängigen im besonderen Maß zu leiden haben. „Verteidigungsetats schaffen Kaufkraft für Einzelpersonen und Unternehmen, ohne eine gleichwertige Belieferung mit wirtschaftlich nützlichen Gütern für den zivilen Markt hervorzu- bringen. Der Überschuß an verfügbarem Einkommen gegenüber Lieferungen und

³ Man vgl. etwa das in hoher Auflage vom Referat Öffentlichkeitsarbeit im Informations- und Pressestab des Bundesverteidigungsministeriums verbreitete Faltblatt „Sicherheit hat ihren Preis“, Bonn 1977.

⁴ Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Rüstungswettlaufes. Bericht des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, in: Militärpolitik Dokumentation, Heft 8, Stuttgart 1978, Ziff. 97.

die konzentrierte militärische Nachfrage nach gewissen Gütern und Fachkenntnissen treiben den Prozeß permanenter Inflation voran."⁵

- Rüstungsproduktion bewirkt langfristig eine folgenreiche Verzerrung der Industriestruktur, der produktiven Basis der Ökonomie selbst. Schöpferische Kapazitäten (also technologisches Innovationspotential), Maschinen und ein überdurchschnittlich qualifizierter Stab an Facharbeitern und Technikern wird durch Rüstungsproduktion gebunden, statt produktiv eingesetzt. Nicht nur die Möglichkeiten zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der abhängig Beschäftigten oder auch der Entwicklung der Dritten Welt werden hierdurch eingeschränkt. Zusätzlich wird durch diese Deformation langfristig die Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit des zivilen Sektors der Volkswirtschaft auf dem Weltmarkt geschwächt - ein für die hochgradig vom Export ziviler industrieller Erzeugnisse abhängige Bundesrepublik besonders ernst zu nehmendes Problem⁶.

- Durch Rüstungsproduktion bedingte Forschung und Entwicklung stellen keineswegs den „Motor des technischen Fortschritts“ dar, wie oft unterstellt wird. Ihr sog. ziviler Nutzen ist im Vergleich zum investierten Aufwand gering. Die immer wieder genannten Beispiele einer gelungenen Übertragung von neuen Erkenntnissen aus dem militärischen in den zivilen Bereich sind die Ausnahme und ändern an der grundlegenden Ineffektivität der „Innovationsförderung“ über den Weg der Rüstungsproduktion nichts⁷.

Produktionsumstellung als Schutz vor Arbeitslosigkeit

Bislang wurde auf der Ebene der Gesamtwirtschaft argumentiert. Bei allen Vorzügen, die hier eine Einschränkung der Rüstungsproduktion auch und gerade aus gewerkschaftlicher Sicht hätte, bleibt dennoch die Frage offen, was denn mit den Arbeitern und Angestellten geschieht, die gegenwärtig im Bau von Panzern, Kampfflugzeugen oder neuen Munitionsarten Beschäftigung und Einkommen finden. Werden nicht ihre bislang sicheren Arbeitsplätze durch solche Maßnahmen zwangsläufig vernichtet? Zunächst muß auch hier etwas gegen einen weitverbreiteten Irrtum gesagt werden: Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie seien besonders sicher und die dort Beschäftigten würden deshalb in besonderer Weise für eine Fortführung der Rüstungsfertigung eintreten.

Die Realität in den Betrieben ist jedoch anders. Entlassungen, Kurzarbeit und Personalabbau sind für die Arbeitnehmer auch in der Rüstungsfertigung keine

5 Internationaler Metallgewerkschaftsbund, Metallgewerkschaften und Rüstungsindustrie. Eine Untersuchung über die Auswirkungen der Rüstungsproduktion auf die Beschäftigung; Genf 1979; S. 6.

6 Vgl. Ulrich Albrecht/Peter Lock/Herbert Wulf, Arbeitsplätze durch Rüstung? Warnung vor falschen Hoffnungen; Reinbek b. Hamburg 1978; insbesondere S. 84 ff.

7 Vgl. als zusammenfassenden Überblick: Christian Wellmann, Welchen zivilen Nutzen hat die Rüstungsindustrie? Materialien zur Spin-off-Diskussion; in: antimilitarismus information (ami), 4. Jg. (1974), Heft 8-9 (Aug./Sept.).

Fremdworte. Einer der Gründe hierfür ist die rüstungstypische Tatsache, daß Waffenbeschaffungsprogramme in Schüben ablaufen. Nach Auslaufen der Serienproduktion für ein großes Waffensystem fehlt es oft an Anschlußaufträgen, um die zuvor aufgebauten umfangreichen Produktionskapazitäten weiter voll auslasten zu können. Ein zweiter Grund für die Arbeitsplatzunsicherheit resultiert aus der Gültigkeit der gegebenen Wirtschaftsordnung auch für den Rüstungsproduktionsbereich. Rationalisierung macht vor den Waffenschmieden nicht halt. Auch hier werden Arbeitsplätze vernichtet⁸.

Soweit die wenigen verfügbaren Daten über die Rüstungsindustrie in der Bundesrepublik Deutschland überhaupt differenzierte Aussagen zulassen, kann man feststellen, daß die Zahl der rüstungsabhängig Beschäftigten von 1965 bis 1977 um ca. 20 000 auf knapp 229 000 absank, während im gleichen Zeitraum sich der Wert aller in der Bundesrepublik produzierten Rüstungswaren von 4,7 Mrd. DM auf 11,6 Mrd. DM weit mehr als verdoppelte⁹. Aus diesen Zahlen ist aber nicht nur der Rationalisierungstrend abzulesen, sondern sie machen auch deutlich, daß gegenwärtig in der Bundesrepublik Deutschland doch immerhin zwischen 200 000 und 250 000 Arbeitnehmer ihr Einkommen durch die Entwicklung, Fertigung und Industrieinstandsetzung militärischer Ausrüstung erzielen. Von einer Kürzung des Rüstungshaushaltes und einer Umverteilung der frei werdenden Mittel auf andere Ausgabenbereiche wären sie bzw. ein Teil von ihnen unmittelbar betroffen. Dennoch muß ein erfolgreiches Abbremsen des alle bedrohenden Rüstungswettlaufes nicht mit Arbeitslosigkeit für „Rüstungsarbeiter“ gleichgesetzt werden.

Die Sicherung der gewerkschaftlichen Interessen der rüstungsabhängig Beschäftigten kann durch eine Umstellung von Rüstungskapazitäten auf zivillorientierte Nutzung - durch Rüstungskonversion - gewährleistet werden. Für die Qualifikation der in der Rüstungsfertigung Beschäftigten und die von ihnen genutzten Produktionsanlagen gilt ähnlich wie für die frei werdenden Finanzmittel: Im Rahmen gewisser Grenzen können sie genauso gut für die Erstellung alternativer, zivil nützlicher Produkte eingesetzt werden.

Britische und amerikanische Untersuchungen kamen zu dem Ergebnis, daß der überwiegende Anteil der bei Fertigungsarbeitern in der Rüstungsindustrie anzutreffenden Qualifikationen unmittelbar in ziviler Fertigung eingesetzt werden kann. Im Extremfall wurde eine ergänzende Ausbildung von ca. sechs Monaten für notwendig erachtet¹⁰. Ungünstiger sieht es nur bei den oft sehr eng spezialisierten Ingenieuren

8 Vgl. z. B. die Auseinandersetzungen um das Zweigwerk Speyer des Luftfahrtunternehmens VFW-Fokker: Christian Wellmann, Arbeitnehmer im Konflikt zwischen Arbeitsplatzsicherung und Rüstungsproduktion. Der Fall VFW-Speyer; unveröff. Manuskript, Berlin 1979.

9 Michael Brzoska/Peter Lock/Herbert Wulf, Rüstungsproduktion in Westeuropa; IFSH-Forschungsberichte Heft 15, Hamburg 1979; S. 104.

10 Vgl. zusammenfassend; Sense About Defence. The Report of the Labour Party Defense Study Group; London/Melbourne/New York 1977; S. 87.

aus den Entwicklungsabteilungen aus". Eine Umstellung auf Zivilproduktion unter Erhaltung der Arbeitsplätze und bei Vermeidung von Dequalifikationsprozessen und Abgruppierungen kann also durchaus als realisierbar angesehen werden. Der Bedarf an öffentlichen Investitionen- ggf. finanziert aus Teilen des Rüstungsetats-, etwa in den Bereichen des Massenverkehrs, der medizinischen Versorgung, des Umweltschutzes oder auch hinsichtlich der Entwicklung geeigneter Technologien zur Unterstützung der Entwicklung der Dritten Welt, ist vorhanden¹². Man kann sogar einen Schritt weitergehen und angesichts der absehbaren ökonomisch-technologischen Herausforderungen der Zukunft festhalten, daß eine Umorientierung der heute für Rüstung verwendeten produktiven Kapazitäten, menschlichen Fähigkeiten und Kreativität auf Bereiche wie die Erstellung umweltfreundlicher und rohstoffsparender Energiesysteme oder die Weiterentwicklung meeresstechnologischer Systeme wünschenswert, wenn nicht gar notwendig ist.

Auch wenn eine schrittweise Konversion der Rüstungsproduktion unter Wahrung der Interessen der dort beschäftigten Arbeitnehmer als grundsätzlich realisierbar angesehen werden muß, so ist genauso sicher, daß sie einer sorgfältigen Vorbereitung und Absicherung bedarf. Als erhebliches Hindernis erweist sich dabei die mangelnde Bereitschaft der staatlichen Behörden und - durch diese dann zusätzlich gedeckt — der Rüstungsindustrie, hinreichend differenzierte und zuverlässige rüstungsökonomische Daten bekanntzugeben¹³. Eine Verbesserung der Informationsgrundlage und eine Intensivierung einschlägiger Forschungsbemühungen ist ein Erfordernis für die Entwicklung angemessener und praktikabler Konversionskonzepte. Ein weiteres ist die *frühzeitige* Beteiligung der Interessenvertretungen der betroffenen Arbeitnehmer. Hierbei handelt es sich um mehr als eine gewerkschaftspolitische Selbstverständlichkeit. Als Kenner der konkreten betrieblichen Bedingungen und ihrer eigenen Fähigkeiten kommt den rüstungsabhängig Beschäftigten und ihren betrieblichen Interessenvertretern eine Kompetenz zu, auf die ihm Rahmen von konzeptionellen Überlegungen für einen Umstellungsprozeß nicht leichtfertig verzichtet werden kann. Und ihre Beteiligung von Anbeginn an stellt sicher, daß Konversionsbemühungen nicht als Gefährdung der eigenen Beschäftigungsmöglichkeiten wahrgenommen werden, sondern im Gegenteil als ein gewerkschaftliches Mittel zur Verwirklichung von Interessen sowohl der Gewerkschaftsbewegung als ganzes als auch der Teilgruppe der „Rüstungsarbeiter“¹⁴.

11 Lloyd J. Dumas, Economic Conversion, Productive Efficiency and Social Welfare; in: Journal of Sociology and Social Welfare, Vol. IV (1977), No. 3/4 (Jan.-March), S. 567-596; hier: S. 578 f.

12 Vgl. exemplarisch die Ausführungen über alternative Produktion in: Vorschläge zur Abrüstung; Düsseldorf 1980; Abschnitt 4.2.4.

13 Diese restriktive Informationspolitik gilt auch im internationalen Vergleich etwa mit den USA. Nicht zuletzt hierauf ist es zurückzuführen, wenn auch im vorliegenden Aufsatz mehrfach auf amerikanische Forschungsarbeiten zurückgegriffen werden muß.

14 Vgl. dazu: Jo Rodejohann/Christian Wellmann, Rüstungsabhängig Beschäftigte und Gewerkschaften als restriktive Rahmenbedingung von Abrüstungsplanung?, Arbeitspapier für die Fachtagung Abrüstungsplanung, Tübingen 19. 6.-21. 6. 1980; erscheint demnächst in der Reihe ‚Abrüstungsplanung‘, Baden-Baden.

Abrüstung ist ein langwieriger Prozeß. Und so dringlich sie sich gerade aus der Sicht der Gewerkschaften darstellt, kann niemand behaupten, sie stehe unmittelbar zur Realisierung an. Dennoch erscheint es sinnvoll und notwendig, nicht nur bereits hier und heute für sie einzutreten, sondern auch bereits jetzt mit der Ausarbeitung von Umstellungsplanungen gerade auf betrieblicher Ebene zu beginnen. Verschiedene Gründe sprechen hierfür:

- Rüstungsreduzierungen müssen auch innenpolitisch durchgesetzt und abgesichert werden. Ohne entsprechende Vorkehrungen leiden außenpolitische Bemühungen an Glaubwürdigkeit. Vor allem aber bilden Ängste vor möglicher Arbeitslosigkeit innerhalb und außerhalb der Rüstungsbetriebe ein zusätzliches Hindernis für eine Forcierung der Rüstungskontrollpolitik. Zudem können sie leicht von Kreisen instrumentalisiert werden, die an einer Fortsetzung des Aufrüstungsprozesses interessiert sind. Umstellungskonzepte, die konkrete alternative Beschäftigungsmöglichkeiten für den Fall von Rüstungskürzungen ausweisen und nachvollziehbar machen, bilden hier ein wichtiges Gegengewicht.

- Das gilt um so mehr, als zwar umfangreiche Rüstungsminderung nicht unmittelbar vor der Tür steht, erste Schritte hierzu im Rahmen der gegenwärtigen Verhandlungen um Rüstungskontrolle in Mitteleuropa (MBFR-Verhandlungen in Wien) oder der Gespräche über eine Begrenzung konventioneller Rüstungsexporte zumindest mittelfristig durchaus auch unter den gegenwärtigen weltpolitischen Konstellationen nicht ausgeschlossen sind.

- Schließlich zeichnen sich Entwicklungen ab, die zwar mit Rüstungsminderung nichts zu tun haben, eine Inangriffnahme von Konversionsmaßnahmen aber schon im unmittelbaren Interesse der in der Rüstungsproduktion beschäftigten Arbeitnehmer dringlich erscheinen lassen. Der bereits erwähnte Rationalisierungstrend, die fortschreitende Bemühung um die Standardisierung der NATO-Bewaffnung und die deutliche Tendenz, daß steigende Rüstungspreise und zunehmend begrenzte Finanzmittel des Staatsapparates die Beschaffungsbehörden dazu zwingen, niedrigere Stückzahlen zu beschaffen oder auf weniger arbeits- und kostenintensive Waffentypen auszuweichen, verstärken den Hang zu Überkapazitäten im rüstungsindustriellen Sektor.

Internationale Aktivitäten nehmen zu

Ausgehend von den vorstehenden Überlegungen haben sich in den vergangenen Jahren in zunehmendem Maße Gewerkschaften in verschiedenen Ländern mit den Problemen von Entspannung und Abrüstung, Rüstungsexporten und vor allem den Beschäftigungsauswirkungen befaßt. Die Anknüpfungspunkte waren dabei durchaus verschieden und lassen sich grob in drei Kategorien fassen:

- Ganz allgemein hat der sich immer mehr beschleunigende Rüstungswettlauf zu dem Bewußtsein geführt, daß auch die Gewerkschaften mehr als in der Vergangen-

heit das ihrige dazu beitragen müßten, um das Niveau dieses Schreckensgleichgewichts zu begrenzen oder herabzusetzen.

- Im Zusammenhang mit der stärkeren Politisierung des Nord-Süd-Gegensatzes und der Entwicklungspolitik ist bei vielen das Bewußtsein für das krasse Mißverhältnis zwischen militärischen Lieferungen und ziviler Entwicklungshilfe geweckt worden. Hierdurch wurde die Praxis der Rüstungsexporte zur Zielscheibe von Kritik und konkreten Maßnahmen.
- Schließlich führte die fortdauernde Situation massiver Unterbeschäftigung dazu, daß das Arbeitsplatzargument im Zusammenhang von Rüstungsproduktion und Rüstungsexport immer wieder mißbraucht werden konnte. Nicht zuletzt dadurch wurden die Gewerkschaften dazu gezwungen, sich mit den tatsächlichen Zusammenhängen auseinanderzusetzen und Positionen zu entwickeln.

Dabei gehen die konkreten Anstrengungen und Planungen der einzelnen Organisationen in durchaus unterschiedliche Richtungen, wobei die Begründung dafür vor allem in den unterschiedlichen politischen und gesetzlichen Möglichkeiten in den einzelnen Ländern, aber auch in der unterschiedlichen ideologischen Ausrichtung der Gewerkschaften zu sehen ist.

In Italien steht eindeutig die Begrenzung der Rüstungsexporte im Vordergrund. Hier fordert die Metallarbeitergewerkschaft (FLM) auf der politischen Ebene zunächst eine parlamentarische Initiative zur Schaffung einer Regierungskontrolle über die Exporte. Dies soll zu einem Verbot von Verkäufen in Spannungsgebiete und an Länder mit rassistischen und faschistischen Regimen führen. Neben verschiedenen anderen sektoralen Aktivitäten, z. B. in der Schiffbauindustrie und der Luft- und Raumfahrtindustrie, ist für die italienischen Gewerkschaften aber vor allem charakteristisch, daß sie über die Beeinflussung der Investitionspolitik auf Unternehmensebene versuchen, die militärische Komponente der Produktion zurückzudrängen. Gemäß der italienischen Praxis, daß über Investitionen auch Tarifverhandlungen geführt werden, wird versucht, im Rahmen solcher Verhandlungen dafür zu sorgen, daß mehr Investitionen in zivile Produktionen erfolgen und damit eine teilweise Produktionsumstellung erreicht wird.

International wohl am bekanntesten sind die Anstrengungen zur Einführung alternativer Produktionen in England geworden. Der sogenannte Alternativplan der Arbeiter des britischen Konzerns für Luftfahrtausrüstung Lucas Aerospace ist zwar keine offizielle Gewerkschaftspolitik geworden, er hat jedoch durch den Grad seiner Konkretheit, seiner Ausführlichkeit und der Beteiligung einer großen Zahl von Arbeitnehmern an der Ausarbeitung für die gesamte Umstellungsdiskussion erhebliche Bedeutung gewonnen. In einer Situation der aktuellen Arbeitsplatzgefährdung hatten Mitte der siebziger Jahre die gewerkschaftlichen Vertrauensleute von Lucas Aerospace damit begonnen, unter Beteiligung aller interessierten Arbeit-

nehmer einen Plan zur Umstellung des Unternehmens auf sozialnützliche Produkte aufzustellen. Der Plan, der inzwischen seit mehreren Jahren vorliegt, enthält detaillierte Vorschläge für eine Vielzahl von Produkten aus den Bereichen der Meerestechnologie, neuartige Transportsysteme, verbesserte Bremssysteme, alternative Energiegewinnungssysteme usw. Dabei wurden vorhandene Produktionsanlagen und Qualifikationen der im Unternehmen beschäftigten Arbeitnehmer besonders berücksichtigt. Das Beispiel von Lucas Aerospace hat deutlich gemacht, daß der einzelne Arbeitnehmer bei der Entwicklung von Produkten, die er für sinnvoll und wichtig erachtet, erheblichen Einfallsreichtum und große Fertigkeit zeigt. Es hat aber ebenso deutlich gemacht, daß in einem Wirtschaftssystem, in dem die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel bei den Kapitaleignern liegt, solche Initiativen nur geringe Durchsetzungschancen haben. Im internationalen Zusammenhang bleibt vor allen Dingen hervorzuheben, daß durch die Anstrengungen der Lucas-Arbeitnehmer die Diskussion über Möglichkeiten und Notwendigkeiten der Umstellung erheblich intensiviert worden ist¹⁵.

Zunehmendes Gewicht hat diese Diskussion seit einigen Jahren auch in den Vereinigten Staaten. Dort liegen inzwischen verschiedene Forschungsvorhaben vor, die auf der Basis ausführlichen statistischen Materials nachweisen, daß alternative Verwendungen öffentlicher Mittel zu erheblich größeren Beschäftigungseffekten führen können¹⁶.

Ausgehend von solchen Untersuchungen haben amerikanische Gewerkschaften Vorbereitungen zur Umstellung von Unternehmen auf nichtmilitärische Tätigkeiten getroffen. Dies gilt nicht nur für die International Association of Machinists (IAM). Ein Plan, der von der Automobilarbeitergewerkschaft (UAW) vorgelegt wurde, sieht vor, einen Teil der Gewinne von Rüstungsunternehmen in einen Treuhandfonds einzuzahlen, der dazu bestimmt ist, Unternehmen bei der Umstellung auf zivile Produktion zu unterstützen. Ein Teil des Fonds soll dazu verwendet werden, Löhne entlassener Arbeitnehmer der Rüstungsindustrie weiterzuzahlen und den Arbeitnehmern bei Umschulungen und bei der Suche nach anderen Beschäftigungsmöglichkeiten zu helfen". Dem amerikanischen Kongreß wurde bereits vor mehreren Jahren ein mit Unterstützung der Gewerkschaften erarbeiteter Gesetzentwurf vorgelegt, der darauf hinausläuft, Umstellungen auf zivile Produktion durch die Schaffung von paritätisch besetzten Gremien auf Bundes-, Staats-, Regional- und Betriebsebene und durch die Bildung entsprechender Unterstützungsfonds zu erleichtern¹⁸. Der Entwurf wurde im langwierigen Gesetzgebungsverfahren ver-

15 Zu den britischen Arbeitnehmer-Initiativen vgl. die Beiträge von Dan Smith (Vorschläge zur Rüstungskonversion in Großbritannien) und Mike Cooley (Der Umstellungsplan der Arbeiter von Lucas Aerospace) in: *antimilitarismus. information (ami)*, 8. Jg. (1978), Heft 3 (März).

16 Marion Anderson, *The Impact of Military Spending on the Machinists Union*; Washington, D. C. 1979.

17 Internationaler Metallgewerkschaftsbund. a.a.O.. S. 31.

18 Der Gesetzentwurf ist veröffentlicht in: *Congressional Record*, Bd. 125, Nr. 50 (Washington, April 26, 1979).

schiedentlich modifiziert und in seine Bestandteile zerlegt. Es ist ungewiß, welches Ergebnis die noch laufenden Beratungen schließlich haben werden.

Entsprechend den Überlegungen in den einzelnen Mitgliedsorganisationen hat auch der Internationale Metallgewerkschaftsbund sich in der jüngeren Vergangenheit intensiver mit den Fragen von Rüstungsproduktion, Arbeitsplätzen und möglicher Umstellung beschäftigt. Im Jahr 1979 wurde dies zu einem Schwerpunkt der internationalen Arbeit gemacht und mit einer Broschüre über Metallgewerkschaften und die Rüstungsindustrie zunächst eine erste Informationsgrundlage geschaffen¹⁹. In der Zukunft wird diese Arbeit weiter konkretisiert werden müssen. Die Problematik des Waffenexports in Entwicklungsländer wird dabei einen besonderen Stellenwert einnehmen. Es ist geplant, eine Arbeitsgruppe zu bilden, die einen Verhaltenskodex für Rüstungsunternehmen erarbeitet, der international propagiert werden soll. Weitere Akzente wird der nächste Weltkongreß des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes im kommenden Jahr in Washington setzen, der bewußt unter das Motto „Frieden, Gerechtigkeit und Arbeitsplätze“ gestellt worden ist.

Zur Situation in der Bundesrepublik Deutschland

Auch in der Bundesrepublik Deutschland und hier vor allem im Bereich der IG Metall, zu deren Organisationsbereich nach groben Schätzungen etwa 90 Prozent aller in der Rüstungsproduktion beschäftigten Arbeitnehmer gehören, hat sich die Diskussion um abrüstungspolitische Fragen in den letzten Jahren erheblich verstärkt. Ursächlich waren hierfür einmal die beschäftigungspolitischen Probleme, die sich auch auf den Rüstungsbereich auswirkten, zum anderen aber die Erkenntnis, daß die Gefahr des Verlustes an Glaubwürdigkeit besteht, wenn die immer wieder gefaßten Beschlüsse zu Entspannung und Abrüstung nicht mit den berechtigten Interessen der in der Rüstungsproduktion Beschäftigten in Einklang gebracht werden können.

Anknüpfend an beide Seiten dieses scheinbaren Widerspruchs werden die gewerkschaftlichen Aktivitäten vor allem in zwei Bereichen gesehen²⁰:

- Es wird versucht, den Inhalt der vorliegenden Beschlüsse zur Entspannung und Abrüstung offensiver in der Mitgliedschaft zu vertreten. Dazu gehört auch die verstärkte Aufnahme von entsprechenden Inhalten in die Bildungsarbeit. DGB, IG Metall und interessierte Wissenschaftler aus der Friedensforschung versuchen gegenwärtig gemeinsam, hierzu geeignetes Informations- und Bildungsmaterial zu erarbeiten.

19 Internationaler Metallgewerkschaftsbund, a.a.O. Die Broschüre ist zweifellos ein wichtiger Schritt, andererseits ist nicht zu verkennen, daß sie in einigen Einzelheiten lücken- und fehlerhaft ausgefallen ist und der weiteren Bearbeitung bedarf.

20 Vgl. auch: Klaus Mehrens, Arbeitsplätze und Rüstungsindustrie; in: Die neue Gesellschaft, 26. Jg. (1979), Heft 4 (April), S. 328-330.

- Anknüpfend an die konkrete Situation der Arbeitnehmer in Rüstungsbetrieben setzt die IG Metall sich einmal mit den Beschäftigungsproblemen in diesem Bereich auseinander. Sie macht zum anderen dabei deutlich, daß mehr Sicherheit für die Arbeitsplätze in dieser Industrie *nicht* durch mehr Rüstungsaufträge und mehr Rüstungsexporte erreicht wird, sondern vor allem durch Verstetigung und durch die Vorbereitung alternativer Produktionsmöglichkeiten.

Grundgedanke dieses doppelten Ansatzes ist, daß einmal die Notwendigkeit besteht, ein von der breiten Bevölkerung getragenes „Entspannungs- und Abrüstungsbewußtsein“ zu erzeugen, und daß auf der anderen Seite - und dies ist eine aus der Sicht der IG Metall vordringliche Aufgabe - vermieden werden muß, daß mit dem Argument der Arbeitsplätze und ihrer Sicherung für mehr Rüstungsproduktion und für mehr Rüstungsexporte politischer Druck erzeugt wird und die Rüstungskapazitäten weiter wachsen.

Die einzelnen Positionen, Forderungen und Maßnahmen, die von der IG Metall auch in Beschlüssen festgelegt worden sind²¹, sollen in vier Kategorien kurz umrissen werden:

1. Rüstungsaufträge für Entwicklung, Produktion und Betreuung erfolgen immer wieder in Schüben, die zu unzumutbaren Auslastungslücken führen. Um diese Lücken zu füllen, wird meist der Ruf nach zusätzlichen Aufträgen erhoben, die dann in der Regel noch nicht abgeschlossen sind, wenn der nächste Auftragsschub eintrifft. Somit liegt in der zyklischen Auftragsvergabe und Kapazitätsauslastung der Keim für die fortdauernde Kapazitätsausweitung dieser Industrie. Die IG Metall hat die Forderung aufgestellt und im politischen Raum geltend gemacht, daß der staatliche Auftraggeber zu einer längerfristigen Kapazitäts- und Auslastungsplanung verpflichtet werden muß, die die Beschäftigungssituation berücksichtigt, ohne zum Ausbau neuer Kapazitäten zu führen.

2. Auch bei verbesserter Planung werden Schwankungen in der Auslastung weiterhin auftreten. Solche Schwankungen sind leichter auszugleichen bei geringeren Rüstungsanteilen des jeweiligen Unternehmens. Die IG Metall fordert deshalb, die Möglichkeit zu prüfen, durch Auflagen bei der Auftragsvergabe den Rüstungsanteil an der Produktion zu senken oder zumindest seinen Anstieg zu verhindern.

3. Schließlich fordert die IG Metall, Vorkehrungen zu treffen für alternative Produktionen bei Auslaufen bzw. Reduzierungen bestimmter Aufträge. Der Ansatz hierzu kann nicht eine zentral arbeitende Abrüstungsbehörde sein, hier ist dezentrale betriebliche Arbeit notwendig. Es wird deshalb versucht, durch Ausschüsse unter Arbeitnehmerbeteiligung bei allen größeren Rüstungsprojekten rechtzeitig

21 So die EntschlieÙung 14 des 12. o. Gewerkschaftstages der IG Metall 1977.

über die Auslastung durch zivile oder militärische Anschlußfertigung nach Auslaufen des Auftrags Klarheit zu schaffen. Entsprechende Gespräche sind in verschiedenen Unternehmen bereits geführt worden und werden weiter vorangetrieben.

4. Im gleichen Zusammenhang wendet sich die IG Metall entschieden gegen eine Politik, die vermehrte Rüstungsexporte als „beschäftigungspolitisches Patentrezept“ ansieht²². Rüstungsexporte in Entwicklungsländer und überall dorthin, wo demokratische Rechte mißachtet werden, sind aus politisch-moralischen Gründen abzulehnen. Außerdem sprechen aber auch ökonomische Gründe gegen eine solche Praxis.

Dabei sollte hervorgehoben werden, daß eine *wirksame* Reduzierung der Rüstungsexporte nur durch Regelungen im internationalen Maßstab erreicht werden kann. Initiativen hierzu und eine signalhafte Politik der Selbstbeschränkung können und müssen jedoch von einzelnen Staaten ausgehen.

Beschränkten Aktionsspielraum nutzen

Die Möglichkeiten der Gewerkschaften, zum Fortgang des Entspannungs- und Abrüstungsprozesses selbst beizutragen, sind beschränkt. Die Gewerkschaften können allerdings durch ihre nationale und internationale Arbeit immer wieder deutlich machen, daß für die Arbeitnehmer der Krieg *keineswegs* ein unvermeidbares Naturereignis ist, sondern ein Ergebnis einer von Menschen gesteuerten Entwicklung. Nur wenn sich ein *Abrüstungsbewußtsein* durchsetzt, können *Abrüstungsbemühungen* im politischen Raum mehr Erfolgsaussichten erhalten als heute.

Darüber hinaus muß aber auch die Arbeitsplatzsicherheit der direkt Betroffenen verbessert werden, sei es durch längerfristige Planungen im militärischen Bereich, sei es durch rechtzeitige Bereitstellung ziviler Alternativen. Denn nur so kann vermieden werden, daß berechnete und verständliche Arbeitsplatzinteressen zum Hemmschuh für entspannungspolitische Bemühungen werden oder gar zur Rüstungsdynamik selbst beitragen. *Die Spielräume, die die Gewerkschaften in beiden Bereichen haben, müssen sie im Interesse einer friedlichen Entwicklung unserer Welt offensiv nutzen.*

²² Vgl.: Position der IG Metall zur Frage der Rüstungsexporte. Beschluß des Beirates der IG Metall vom 25. März 1977; abgedruckt in: IG Metall (Hrsg.), Strukturwandel in der Metallindustrie. Analytische und konzeptionelle Ansätze der IG Metall zur Strukturpolitik 1975 bis 1977; Frankfurt 1977; S. 183-185.